



**Europäisches Haus  
Pappenheim**

Zentrum für Politik, Kulturen & Sprachen

Joachim Grzega

***Mehr Balance für mehr Frieden  
– in Sprache und Ökonomie***

[EHP Essays – No. 3]

Joachim Grzega

## *Mehr Balance für mehr Frieden in Europa – in Sprache und Ökonomie*

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union war wohl letztlich eher als Auftrag zu verstehen – schließlich wäre es ja kein besonderes Verdienst, in der eigenen Familie Frieden zu halten. Doch es ist traurig: Die Europäische Gemeinschaft hat sich in den letzten Jahren der Auszeichnung als nicht sehr würdig erwiesen. Dabei scheinen viele Spitzenpolitiker der EU-Mitgliedstaaten viele der Ziele der EU immer wieder zu vergessen. Sie sind in Artikel 3 des EU-Vertrages nachzulesen. Danach gehören zu den Zielen die “nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums [...] soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [...]. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.” Und weiter heißt es: “Sie [= die EU] leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern”. Stattdessen blicken wir am Ende des Jahres 2015 auf eine Welle unterschiedlicher Arten von Gewalt.

In vielen EU-Ländern wird an der eigenen Gesellschaft durch die Steigerung von Armut und Ungleichheit eine Art Gewalt geübt. Gemäß der EU-Datenbank Eurostat<sup>1</sup> steigt in vielen EU-Ländern seit 2010 der Anteil der Menschen, die unter erheblicher materieller Armut<sup>2</sup> leiden. Eine Ausnahme bilden Schweden, Großbritannien und Frankreich. Besonders stark wuchs der Anteil der Armen in Griechenland, Irland, Portugal, insbesondere nach der Einführung der erzwungenen Sparmaßnahmen. Diese Sparmaßnahmenzwänge werden irreführend bisweilen als “Rettungsmaßnahmen” bezeichnet: Durch sie stieg die Zahl der Armen in Irland von 5,7% im Jahr 2010 auf 7,8% im Jahr 2011; in Portugal ab 2011 von 8,3% zunächst relativ leicht auf 8,6%, dann aber auf 10,9% 2012; in Griechenland von 11,6% im Jahre 2010 auf 15,2%, 19,2%, 20,3% und schließlich 21,5% bis zum Jahr 2014. Nachdem Irland sich 2013 aus den Zwängen dieses Finanzindustrie-“Rettungsschirms” befreit hat, ist der Prozentsatz der Armen in der Gesellschaft wieder von 9,9% auf 8,4% gesunken. Doch selbst in Deutschland ist der Anteil der Armen von 8,4% (2010) auf 9,0% (2014) gestiegen, mit einem Hoch von 9,9% im Jahr 2012. Das mag manchen erstaunen, gilt Deutschland doch eher als wirtschaftsstark unter den EU-Staaten. Doch offenbart sich hierdurch schon, dass dies mit der Ungleichverteilung des insgesamt starken Wohlstands zu tun haben muss. Gemäß der EU-Datenbank Eurostat stieg in vielen EU-Staaten die Ungleichheit von 2010 bis 2014 (gemessen am Gini-Koeffizienten auf einer Skala von 0 ‘null Ungleichheit’ bis 1 ‘eine Person hat alles’). Die Ungleichheit stieg nicht nur in den als *Krisenländer* bezeichneten Staaten Griechenland (von 0,329 auf 0,345), Spanien (von 0,335 auf 0,347) und Portugal (von 0,337 auf 0,345), sondern auch in Deutschland (von 0,293 auf 0,307). Geringer wurde die Schere zwischen Arm und Reich dagegen in Großbritannien und Frankreich. Als ideale Ungleichheit kann nach empirischen Berechnungen ein Gini-Koeffizient in der Bandbreite von 0,2121 bis 0,3333 angesehen werden<sup>3</sup>. Das ist eine gemäßigte Ungleichheit bzw. gemäßigte Gleichheit. Und je näher man dieser Gleichheit/Ungleichheit-Balance ist, desto höher der allgemeine Wohlstand – dies haben Studien gezeigt<sup>4</sup>. Leider bewegt sich selbst Deutschland immer mehr auf den höheren Grenzwert zu. Herausgefallen aus dieser idealen Bandbreite sind seit 2010 neben Griechenland und Spanien auch Estland, Bulgarien, Zypern und Rumänien. Schon vorher hatten neben Portugal auch Litauen und Lettland diese Werte verfehlt. Das schlechte Abschneiden Deutschlands mag viele Leser überraschen, weil Deutschland in den Medien doch oft als Vorbild

dargestellt wird. Aber man muss fragen: als Vorbild wofür eigentlich? Meistens werden eben rein finanzielle, geldwert-bezogene Kennzahlen präsentiert, die irgendwelche Durchschnitte berechnen. Doch sagt ein Austausch von Geld nichts über die dahinter stehende Leistung aus. Und ein Durchschnitt sagt überhaupt nichts darüber aus, ob etwas gleichmäßig oder extrem verteilt ist. Wenn eine Person 99 EUR pro Stunde verdient und eine andere Person 1 EUR pro Stunde, dann ist der Durchschnitt von 50 EUR reines Rechenspiel ohne große Aussage über das Wohl der Gesellschaft insgesamt. Daher ist etwa das Bruttoinlandsprodukt insgesamt oder pro Kopf für die Betrachtung der eingangs erwähnten Ziele vollkommen nutzlos. Auch Arbeitslosenstatistiken und Beschäftigtenstatistiken nützen wenig, wenn sie keine Auskunft darüber geben, wie viele Menschen denn tatsächlich ein Einkommen haben, das als ausreichend bezeichnet werden kann. Das liegt an der flexiblen Art, wie man *arbeitslos* und *beschäftigt* definieren kann.

Was können Lösungen sein? Als Deutscher habe ich anderen Ländern keine konkreten Empfehlungen zu geben – es sei denn, die Auswirkungen ihres Handelns betreffen auch mich. Als allgemeine neutrale Regel für Europa lässt sich sagen, dass legal nur über den Staat das von der Gesellschaft gemeinsam geschaffene Vermögen so verteilt werden kann, dass es gemäßigt verteilt wird. Überspitzt formuliert: Der Durchschnittsbürger in den Statistiken ist egal; es muss vielen in der realen Welt gut gehen! Dabei braucht es entsprechende Machtinhaber, die verstehen, dies umzusetzen. Jedes Volk hat über eine Wahl tatsächlich die Wahl, politische Änderungen zu ermöglichen – sofern es ausreichend über die Ideen und die Glaubwürdigkeit der politischen Bewerber informiert ist und informiert werden kann. Manche Völker in Europa haben diese Wahlmöglichkeit ergriffen. Einige der alternativen Politikbewerber zeigen dabei bedauerlicherweise eher eine Ignoranz gegenüber den zitierten Zielen der EU. Andere dagegen weisen geradezu darauf hin, stellen das Wohl der Bevölkerungsmehrheit ins Zentrum und haben dadurch mehr Zuspruch erhalten: zum Beispiel in Griechenland Syriza, in Spanien Podemos, in Portugal das Bündnis unter dem neuen Regierungschef Antonio Costa, in Großbritannien die Gruppe um den neuen Labor-Chef Jeremy Corbyn. Das letzte Beispiel zeigt, dass innerhalb einer bestehenden Partei ein Wandel stattfinden kann. Freilich kann sich mit einer Wahl nicht sofort alles ändern. Aber die Chance ist da, eine neue Politik zu machen: nicht die Oberen gegen die Unteren, nicht die Unteren gegen die Oberen, sondern die Unteren mit den Oberen und umgekehrt. Alle vier genannten politischen Gruppen erhalten einstweilen noch Widerstand von Machtinhabern in Politik, Ökonomie und Medien – national wie international. Beobachten Sie einmal selbst, wie der Widerstand gegen jene, die sich für mehr Gemeinwohl einsetzen, bisweilen gewaltsam ist, zumindest sprachlich. Es wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Wohlstand für viele, wenn die Alternativen es schafften, nach dem Gewinn der Aufmerksamkeit nun eine Sprache zu pflegen, die eine Balance aus Klarheit und Friedfertigkeit ist.

Unsere Geldwirtschaft ist eigentlich ebenfalls auf *Balance* ausgerichtet, auf Ausgewogenheit, wie es im zitierten Artikel des EU-Vertrages heißt: mal gibt der eine und der andere nimmt, dann ist es wieder umgekehrt. Die Einnahmen des einen sind immer die Ausgaben des anderen. Und damit das System nicht kollabiert, müssen die Rollen ausgewogen übernommen werden. Die Wörter *Bilanz* und *Balance* hängen nicht umsonst historisch zusammen. Das vorhandene Geld muss stets im Kreislauf bleiben, um den Wohlstand zu sichern; will man den Wohlstand sogar steigern, kann das nur über durch die Bank neu geschaffenes Geld gehen. Das sind die berühmten Kredite, mit denen man investieren kann. Mit diesem Wissen und dieser Politik sind die jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten bis in die 1970er Jahre hinein gut gefahren. Diese Politik ist aber allmählich aufgegeben worden – offenkundig auch in der Euro-Zone. Ursprünglich gedacht als Gemeinschaft von Partnern wurden die Euro-Länder zu einer Gruppe, bei der zumindest einige die anderen als Gegner sehen; diese Gegner sollen aber gleichzeitig durchaus die Waren der anderen Seite kaufen.

Ein und dieselbe Gruppe als Konkurrent und Kunde gleichzeitig zu sehen, ist eine widersprüchliche Sichtweise. Aber diese letztlich hinterhältige Sichtweise breitet sich aus. Sie führt vor allem bei den auf Export orientierten Ländern wie Deutschland dazu, dass sie wenig bei anderen kaufen, die anderen aber ihr Geld bei den Firmen der Exportländer ausgeben, bis kein Geld mehr da ist. Dafür werden diese Import-Länder, die Wohlstand und Wachstum von Export-Ländern durch ihre Kaufbereitschaft gesichert haben, dann auch noch gescholten. Man hat offenbar nicht verstanden: Sparen, also das Abziehen des Geldes aus dem Kreislauf, verhindert Wohlstand und Wachstum. Vielmehr muss unterstrichen werden: Wachstumssteigerung geht nur über mehr Kredite, zu deutsch: Schulden. Das Wachstum von aufs Sparen ausgerichteten Export-Ländern wie Deutschland beruht auf der Verschuldungsbereitschaft anderer Länder. Wenn allerdings immer die gleichen Nationen Geld horten und die anderen gleichen Nationen Geld ausgeben sollen, wenn sich also keine Balance einstellt, dann entsteht logischerweise ein Ungleichgewicht und die EU-Ziele lassen sich nicht erreichen. Es kommt zu Konflikten.

Was können Lösungen sein? Dass das Sparen aller ein unlogischer Weg ist, wurde schon aufgezeigt. Man kann auch aus der Geschichte lernen. So hat sich durch die westliche Politik bis in die 1970er Jahre gezeigt, dass man die aus dem EU-Vertrag zitierten Ziele ganz gut erreichen kann, wenn man einen Staat hat, der sich darum kümmert, dass Unternehmen investieren und er selbst die industriellen Schlüsselbereiche in der Hand hat, einen Staat, in dem die Sicherheit seiner selbst oder seiner Familie garantiert ist, in dem man eine gute Infrastruktur hat, in dem man sich in einer wohltuenden Umwelt befindet – man könnte sagen: wenn man einen gesunden Staat hat. Was wir dagegen beobachten, sind in sich völlig unlogische Forderungen. Manche behaupten, die ärmeren Länder müssten sich in ihrer Arbeitsweise den reicheren Ländern anpassen. Doch es müssen eben nicht alle Länder einer Währungszone gleich viel arbeiten. Diese Forderung hat keine ökonomische Basis. Ökonomisch basiert ist lediglich die Feststellung, dass jede Nation gemäß ihrer Produktivität leben müsse. Es wird gefordert, die Krisen-Länder sollen eben einfach generell sparen. Aber: sie haben ja nichts mehr zum Sparen. Sie müssten sich von jenen Einnahmen holen, die ihr Geld genommen haben. Vielmehr sollen die Krisen-Staaten dann ausgerechnet noch jene Güter verkaufen, die noch Einnahmen bringen – wie dies etwa von Griechenland in Bezug auf Häfen und Flughäfen verlangt wurde. Häfen und Flughäfen sind in Griechenland mit seinen 87 bewohnten Inseln Teil des öffentlichen Nahverkehrs. Eigentlich weiß man schon von früheren europäischen Studien, dass die Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs zu teurerem, schlechterem Zugang für die Bürger führte<sup>5</sup>. Eigentlich weiß man aus früheren Beispielen ebenfalls, dass Sparpolitik generell keine Besserung hinsichtlich der eingangs zitierten Ziele bringt. Man erinnere sich an die Sparpolitik des deutschen Kanzlers Brüning: sie begünstigte den Aufstieg Hitlers. Man erinnere sich an die massiven Sparprogramme der 1990er Jahre, die der Internationale Währungsfonds lateinamerikanischen Staaten auferlegte: deren Bevölkerung ging es erst nach Beendigung der Programme wieder besser<sup>6</sup>. Mit anderen Worten: die kranken Staaten werden durch Sparen allmählich tot gemacht. Das ist kein typischer Krieg, aber eine Art Wirtschaftskrieg, der innerhalb von Europa stattfindet. Nehmen wir noch einmal Griechenland: der Arbeitslosenanteil ist nach Angaben des griechischen Statistikamtes von 9,2% im Jahre 2009 auf 27,3% im Jahre 2014 gestiegen. Über die Hälfte der Menschen müssen auf zusätzliche nicht-eigene Einnahmen zurückgreifen<sup>7</sup>, insbesondere auf die Rente eines Eltern- oder Großelternanteils, wobei das Renteneintrittsalter im Griechenland mit 67 Jahren höher ist als in manch anderen EU-Ländern (incl. Deutschland). Von einem EU-Land mit einer sehr niedrigen Selbstmordrate wurde Griechenland durch die sogenannten “Rettungsmaßnahmen” zum EU-Land mit der höchsten Selbstmordrate<sup>8</sup>. Durch erzwungene Kürzungen kam das öffentliche Gesundheitssystem zum Zusammenbruch: mehr als 3.500.000 Menschen haben keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem mehr; zum ersten Mal seit 1950 steigt die Säuglingssterblichkeit wieder; die

Fälle von HIV-Infektionen bei Drogenkonsumenten ist um 1.250% gestiegen; seit 40 Jahren werden wieder verstärkt Fälle von Malaria und Tuberkulose beobachtet<sup>9</sup>. Die durch die hohe Arbeitslosigkeit und die Armut entstandenen Steuerausfälle sollen nach irrigen Vorstellungen einiger EU-Vertreter durch höhere allgemeine Mehrwertsteuern auch auf Nahrungsmittel wettgemacht werden (23 Prozent!), die natürlich von den Armen ebenfalls nicht geleistet werden könnten. Das menschliche Leid wird nur noch verstärkt. Viele mit Verantwortung in Europa nehmen ein Sterben von Menschen in der EU in Kauf; sie fördern es sogar! Manche tun dies vielleicht auch unbewusst, weil sie nicht immer mit den entsprechenden Fakten konfrontiert werden. Zwar glauben beispielsweise viele, es sei doch die Aufgabe der Massenmedien hier für ausgewogene Informationen zu sorgen. Doch schon Edward Herman und Noam Chomsky betonen seit langem, dass das Hauptgeschäft der Massenmedien nicht darin besteht, das Produkt "Informationen" an den Kunden "Publikum" zu verkaufen, sondern das Hauptgeschäft der Massenmedien besteht darin, das Produkt "Publikum" an den Kunden "Inserent, werbendes Unternehmen" zu verkaufen – es sind riesige international agierende Medienunternehmen<sup>10</sup>. Daher braucht es auch die von Parteipolitik und Profitorientierung unabhängigen Bildungseinrichtungen, die sich nur der allgemein zugänglichen Wahrheitssuche verpflichtet fühlen. So verstehen wir uns auch im Europäischen Haus Pappenheim. Über die Motive für die grausamen politischen Handlungsweisen kann letztlich nur spekuliert werden. Sicher findet sich ein Teil der Antwort in der Frage, wem dieser ökonomische und ideologische Krieg nützt. Einige profitieren sehr gut von der derzeitigen wirtschaftspolitischen Ideologie des Marktradikalismus und von der Krise. Dies gilt etwa für die Finanzindustrie. Dies gilt letztlich aber auch für den deutschen Staatsapparat: Durch die Krise will keiner mehr griechische Staatsanleihen kaufen, während es einen Run auf deutsche Staatsanleihen gibt; der deutsche Staatsapparat muss kaum mehr Zinsen zahlen für Kredite. Deutschland hat somit nach verschiedenen Berechnungen schon rund 100 Milliarden EUR durch die Griechenlandkrise gespart<sup>11</sup>. Einige profitieren also vom steigenden Wohlstand, aber, wie gesagt, dieser verteilt sich eben nicht auf alle gemäßigt. Die meisten Europäer verlieren unter der derzeitigen wirtschaftspolitischen Ideologie. Wenn daran festgehalten wird, ist es nur logisch, dass der Schaden in so manchen EU-Ländern weiter steigt. Folglich werden wohl immer mehr Menschen in die insgesamt geldreichen Staaten wie Deutschland fliehen, die sich ja insgesamt gesehen an ihnen bereichert haben. Die EU-Länder werden in den Medien untereinander gern als "Partner" bezeichnet; in der europäischen Rhetorik ist mit Bezug auf die USA gern auch von "Freunden" die Rede<sup>12</sup>. Warum übertragen wir diese Bezeichnung nicht auf alle Länder außerhalb der EU und bezeichnen die Menschen in anderen EU-Ländern sogar als "Brüder und Schwestern" – wie in Beethovens Ode an die Freude, deren Melodie immerhin zur EU-Hymne erkoren wurde? Eine friedfertige Sprache ist auch hier ein weiterer Schritt. Politiker haben es allerdings gelegentlich schwer, denn manchmal werden ruhige Worte einfach aufgebauscht. So erging es jüngst Italiens Regierungschef Matteo Renzi, der daran erinnerte, dass die EU allen 28 Ländern dienen müsse und nicht nur Deutschland. Die Financial Times etikettierte dies am 21.12.15 als scharfe Attacke<sup>13</sup>. Einstweilen organisiert die einfache griechische Bevölkerung auch selbst Hilfe, unter anderem mit dem Netzwerk "Solidarität für alle" (AgO), das auch einen internationalen Fonds geschaffen hat, in dem auch alle Abgeordneten der Syriza-Partei 20% ihrer Aufwandsentschädigungen freiwillig einzahlen.

Blicken wir zuletzt auf die internationalen Aktivitäten der EU. Hier verschärft sich das Ergebnis bestimmter Wirtschaftspolitik noch. Ein die Medien beherrschendes Thema ist die hohe Zahl von Flüchtlingen aus Afrika und dem Nahen Osten. Sie fliehen vor dem drohenden Tod durch Hunger oder Waffen. Manche fürchten, dass sich durch die vielen Flüchtlinge aus fremden Kulturen neue Probleme des Zusammenlebens ergeben könnten. Eine professionelle Integrationsarbeit hilft, solche Probleme zu verhindern. Das Europäische Haus Pappenheim leistet hier einen Beitrag mit seinem

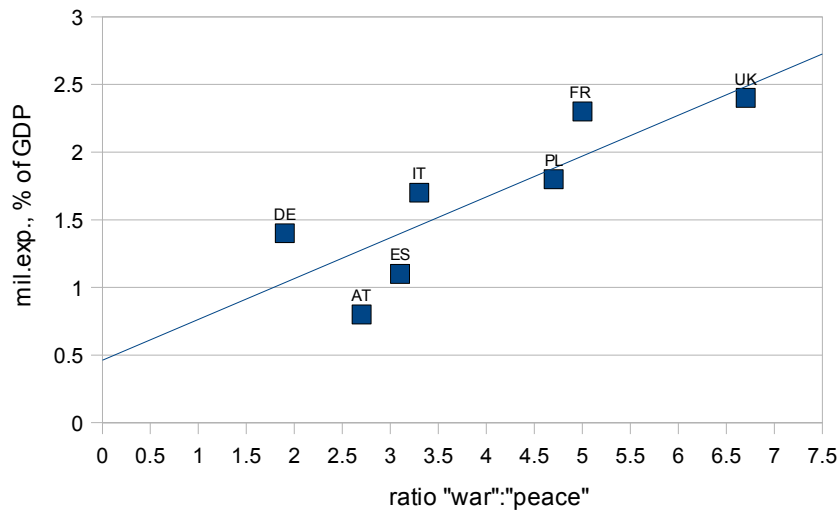
Konzept zum sehr raschen Erwerb der wichtigsten Sprachkenntnisse: dem Sprach-Not-Arzt<sup>14</sup>. Politiker suchen nach weiteren Lösungen. Vorgeschlagen wurde das Problem zu verlagern, sodass man es nicht mehr unmittelbar sieht: Die ohnehin schon geschwächten Länder an den südlichen und südöstlichen Außengrenzen der EU wurden daher kritisiert, dass sie ihre Außengrenzen sichern müssten; taten sie es, ernteten sie auch wieder Kritik. Des Weiteren möchte man Geld an die Länder jenseits der EU-Außengrenzen schicken, damit die Flüchtlingslager besser ausgerüstet werden und die Flüchtlinge dann dort bleiben. Beide Vorschläge aber bekämpfen nicht die eigentlichen Ursachen, die Menschen dazu drängen, ihre Heimat zu verlassen: Gewalt durch Hunger und Gewalt durch Waffen. An beiden Arten von Gewalt hat die EU eine Mitschuld.

Ja, leider ist die EU auch an der bewaffneten Gewalt beteiligt, der Gewalt des Krieges – indirekt durch Waffenlieferungen an Qatar und Saudi-Arabien (die sie an die Terror-Organisation Islamischer Staat weitervermitteln) oder – unter dem Eindruck der Pariser Terroranschläge – durch direkte Kriegsbeteiligung in Syrien. Das soll der Bekämpfung der Organisation Islamischer Staat dienen. Entspricht dies den Werten der EU? Die Beteiligung findet ohne UN-Mandat statt. Der Einfall in Syrien findet ohne Bitten der syrischen Regierung statt. Im Übrigen bedenke man: die Pariser Anschläge wurden federführend ja nicht von syrischen Terroristen verübt, sondern von französischen und belgischen Terroristen – einstweilen ist noch unklar, ob überhaupt Syrer aktiv beteiligt waren. Haben solche Kriege überhaupt den gewünschten Effekt? Falls ja, sind sie das effizienteste Mittel? Wie viele Menschen haben ihr Leben lassen müssen, die nicht an militärischen Einsätzen beteiligt sind? Sie werden verschleiern und zynisch auch als *Kollateralschaden* bezeichnet (en. *collateral damage*, fr. *dommage collatéral*, es. *daño colateral*, it. *danno collaterale*, pl. *szkoda kolateralna*, sv. *sidoskada* etc.) – man macht Menschen dadurch zu Dingen. Doch es sind getötete Menschen. Terror wurde durch Terror abgelöst. Wie viele der durch den Westen getöteten Menschen waren keine gegnerischen Kämpfer, sondern wurden versehentlich getötet? Nach offiziellen Berechnungen waren es im Jugoslawien-Krieg 1999 (Operation Allied Forces) mindestens 50 Prozent<sup>15</sup> und im zweiten Irak-Krieg 29 Prozent<sup>16</sup>. Ist es das wert? Man wird damit neuen Hass geschürt haben. Stellen Sie sich doch nur vor, in Ihrer Nachbarschaft würden drei Terroristen entdeckt und die Polizei würde neben den drei Terroristen versehentlich auch ein bis drei Mitglieder Ihrer Familie töten. Welche Gefühle würden Sie nicht nur gegen die aktiven Polizisten, sondern gegen die gesamte Organisation Polizei, ja sogar gegen den ganzen Staat empfinden?

Wie können friedfertiger Lösungen aussehen? Das Abschneiden finanzieller Quellen ist ein Weg, der als relativ rasch umsetzbar gilt. Zudem muss es Strategien für die mittelfristige Entwicklung der EU-Länder geben. Ein Weg wäre die Umwandlung der Rüstungsindustrie hin zu einer reinen Verteidigungsindustrie ohne Versendung von Waffen jenseits Europas (anstatt die Rüstungsindustrie als Feld für europäisches Wirtschaftswachstum aufzufassen). Ein anderer Weg wäre die Abschaffung jeglicher Form von Massenvernichtungswaffen in Europa, auch der “finanziellen Massenvernichtungswaffen” (das sind solche Geschäfte, die etwa auf den zukünftigen Wert eines Gutes oder eines Geldpapiers wetten, also spekulieren).

Eine friedlichere Haltung kann schon gefördert werden, wenn man wesentlich weniger von “Krieg” und viel mehr von “Frieden” spricht und schreibt. Dies legt jedenfalls eine Analyse von Artikel-Überschriften in britischen, deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, polnischen und spanischen Zeitungen nahe. Vergleicht man das Vorkommen der Wörter für ‘Krieg’ und ‘Frieden’ mit den militärischen Ausgaben gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes (laut Eurostat), dann zeigt sich (dargestellt in der nachstehenden Grafik) ein deutlicher Effekt zwischen Wortwahl und Ausgaben: Je mehr in Überschriften von Krieg (statt Friede) die Rede ist, desto mehr

militärische Ausgaben gibt es<sup>17</sup>.



Immer wieder verweise ich als Sprachwissenschaftler in meinen Beiträgen auch auf Marshall Rosenberg, der Anfang des Jahres verstarb. Er hat das Gesprächsmodell der Gewaltfreien Kommunikation entwickelt, das auch zwischen Kriegsgegnern funktioniert, wenn sie bereit sind, sich auf ein Gespräch einzulassen<sup>18</sup>. Wo Leib und Leben unmittelbar in Gefahr sind, muss natürlich erst einmal diese Gefahr gebannt werden. Sodann aber geht es an den Beginn von Kommunikation. Kern von Rosenbergs Modell ist die saubere Trennung zwischen (1) allen Menschen gemeinsamen Bedürfnissen und (2) Strategien, um diese Bedürfnisse zu erfüllen. Nachdem jemand beschrieben hat, welche Strategie des Gegenübers welches Bedürfnis stört, erbittet er dann eine konkrete alternative Strategie. Wichtig: Es ist eine Bitte, keine Forderung. Dies ist auch dem Gesprächspartner deutlich zu machen. Rosenbergs Sprache ist keine Sprache des Drucks. Es ist keine Sprache des Kompromisses, wo beide Seiten etwas aufgeben. Es ist eine Sprache der Konsensfindung. Mit Rosenbergs Modell können zwei Menschen nicht nur Konflikte lösen, sondern auch vermeiden. Nun ist die Herausforderung für Politiker, dass sie nicht für sich selbst sprechen sollen, sondern für eine Gruppe, die sie repräsentieren. EU-Repräsentanten sollten also für die EU-Bevölkerung sprechen. Das heißt, dass sie die EU-Verträge kennen und Einfühlungsvermögen für andere Menschen haben müssen. Sie müssen sich fragen, welche Strategien für die Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse und der EU-Ziele bzw. sogar der UN-Ziele taugen.

Rosenberg ging, wie gesagt, davon aus, dass alle Menschen die gleichen Bedürfnisse haben. Indirekt versuchte er also etwas zu finden, das keine kultur- oder gruppenspezifischen Assoziationen hervorruft. Nun gibt es allerdings kaum etwas, was nicht mit kultureller Bedeutung aufgeladen sein könnte. Wer beispielsweise gehört zum Kreis, den man als "meine Familie" bezeichnet? Für manche ist 'die Enkelin der Schwester der Großmutter' eingeschlossen, für andere nicht. Was ist "pünktlich"? Für manche Kulturen bedeutet dies den Umfang von '5 Minuten vor bis 5 Minuten nach der vereinbarten Zeit', für andere Kulturen 'bis zu einer halben Stunde nach der vereinbarten Zeit'. Kulturell geprägt ist auch das Verhältnis von gesprochenem Wort und geschriebenem Wort. Je genauer man also Gedanken in Worte fasst (mit der Nennung des Zwecks einer Sache), desto mehr reduziert man Missverständnisse. Je klarer man auch ausdrückt, ob etwas als Frage oder als Vorschlag oder als Bitte gedacht ist, desto mehr reduziert man Missverständnisse. Je mehr man auch versucht, die Wörter des Gesprächspartners auf diese Weise aufzuschlüsseln,

desto eher ist ein friedfertiger Dialog möglich. Auch hier ist also Balance zwischen Gesprächsteilnehmern gefragt.

Je größer die Zahl der Menschen, desto geringer ist unser Vorstellungs- und Einfühlungsvermögen. Daher ist es wichtig, sich mit persönlichen Schicksalen anderer Menschen vertraut zu machen – und auch mit dem eigenen Schicksal. Allerdings ist auch zu prüfen, wie einzelne politische Entscheidungen, die wir – vielleicht auf einer falschen Vorstellung heraus – unterstützt haben, zu bestimmten Lebensläufen geführt haben können. Unter Umständen müssen wir über zukünftige Entscheidungen genauer nachdenken, um zum eigenen Wohl das Wohl vieler Menschen in Europa und der Welt auszubalancieren. Darum ging es der EU. Da man es nicht oft genug wiederholen kann, seien hier noch einmal die vereinbarten Ziele der EU zitiert. Die Europäische Gemeinschaft will die “nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums [...] soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt [...]. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. [...] Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern”. In diesem Sinne erhoffe und wünsche ich für die Europäer und die Welt ein friedensreicheres Jahr 2016.

*Europäisches Haus Pappenheim, 28. Dezember 2015*

*Joachim Grzega*

#### Anmerkungen

- 1 Vgl. <http://ec.europa.eu/eurostat/de/home>.
- 2 Erhebliche materielle Entbehrung liegt nach der EU-Definition dann vor, wenn aufgrund der Selbsteinschätzung des Haushalts mindestens vier der folgenden neun Kriterien erfüllt sind: (1) finanzielles Problem, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen; (2) finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können; (3) finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können; (4) finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können; (5) finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen; (6) Fehlen eines Personenkraftwagens im Haushalt aus finanziellen Gründen; (7) Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen; (8) Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen; (9) Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.
- 3 Vgl. dazu E. Herlyn, *Einkommensverteilungsbasierte Präferenz- und Koalitionsanalysen auf der Basis selbstähnlicher Equity-Lorenzkurven: Ein Beitrag zur Quantifizierung sozialer Nachhaltigkeit*, Wiesbaden 2012, vor allem S. 159-166, F.J. Radermacher, *Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung*, Wien 2005, T. Kämpke / R. Pestel / F.J. Radermacher, “A Computational Concept for Normative Equity”, *European Journal of Law and Economics* 15 (2003): 129-163, G. Jacobs / I. Šlaus, “Indicators of Economic Progress: The Power of Measurement and Human Welfare”, *Cadus* 1/1 (2010): 53-113.
- 4 Vgl. R. Wilkinson & K. Pickett, *The Spirit Level*, London etc. 2009 [dt. *Gleichheit ist Glück*, Berlin 2009].
- 5 Vgl. T. Brandt, *Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität*, Wien 2009.
- 6 Vgl. J. Stiglitz, *Globalization and Its Discontents*, New York 2002 [dt. *Die Schatten der Globalisierung*, Berlin 2002].
- 7 Vgl. <http://tinyurl.com/q6muw67>.
- 8 Vgl. <http://left.gr/news/syglonistika-stoiheia-gia-tin-ellada-tis-krisis-ayxisi-kata-35-stis-aytoktonies>.
- 9 Vgl. <http://www.solidarity4all.gr/el/about-solidarity-initiative>.
- 10 E. Herman & N. Chomsky, *Manufacturing Consent*, New York 1988/2002. Siehe dazu auch den preisgekrönten Dokumentarfilm *Manufacturing Consent: Noam Chomsky and the Media* von 1992 [dt. *Die Konsensfabrik: Noam Chomsky und die Medien*].
- 11 Vgl. J. Boysen-Hogrefe, “Die Zinslast des Bundes in der Schuldenkrise: Wie lukrativ ist der ‘sichere Hafen’?”, *Kiel Working Paper* No. 1780, Kiel 2012, [https://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/die-zinslast-des-bundes-in-der-schuldenkrise-wie-lukrativ-ist-der-2016-sichere-hafen2016/kwp\\_gesamt.pdf](https://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/die-zinslast-des-bundes-in-der-schuldenkrise-wie-lukrativ-ist-der-2016-sichere-hafen2016/kwp_gesamt.pdf), und G. Dany et al., “Germany’s Benefit from the Greek Crisis”, *IWH Online* 7/2015. Halle (Saale) 2015, <http://www.iwh->



[halle.de/d/publik/iwhonline/io\\_2015-07.pdf](http://halle.de/d/publik/iwhonline/io_2015-07.pdf)

- 12 Vgl. J. Grzega (2015), “Analyzing Languages on the National, European and Global Level – Different Goals and Frames Require Different Methods”, *Journal for EuroLinguistiX* 12 (2015): 4-15.
- 13 Vgl. J. Politi, “Eurozone austerity fanning populist flames, says Renzi”, *Financial Times* 21.12.15.
- 14 Vgl. <http://www.sprach-not-arzt.de>.
- 15 Vgl. Human Rights Watch, 2000, <https://www.hrw.org/reports/2000/nato/Natbm200-01.htm> (489-528 zivile Opfer von 956 Menschen, die durch die NATO-Attacken getötet wurden)
- 16 Vgl. C. Conetta, “The Wages of War: Iraqi Combatant and Noncombatant Fatalities in the 2003 Conflict”, Cambridge (Mass.) 2003, <http://www.comw.org/pda/0310rm8.html>.
- 17 Verglichen wurden die militärischen Ausgaben 2012 gemessen am Anteil des Bruttoinlandsproduktes (laut Eurostat) mit den Vorkommen von “Krieg” und “Frieden” (incl. deklinierter Formen) im Zeitraum 13.12.14 bis 12.12.15 in jeweils einer eher liberal-progressiven und einer eher rechts-konservativen Zeitung in verschiedenen EU-Ländern, nämlich Großbritannien (*The Guardian, The Daily Telegraph*), Frankreich (*Le Monde, Le Figaro*), Spanien (*El país, El mundo*), Italien (*La stampa, Il corriere della sera*), Deutschland (*Frankfurter Rundschau, Die Welt*), Österreich (*Der Standard, Die Presse*) und Polen (*Gazeta prawna, Gazeta wyborcza*). Mittels Kendalls Tau wurde ein Wahrscheinlichkeitswert von  $p=0.0163$  und eine Effektgröße von  $\tau=0.8095$  ermittelt.
- 18 Vgl. M. Rosenberg, *Speak Peace in a World of Conflict*, Encinitas 2005 [dt. *Eine Sprache des Friedens sprechen - in einer Welt voller Konflikte*, Paderborn 2006].